

### Dr. Edmund Stinnes verleiht zwei Millionen Aktienbesitz an die Arbeiterkass.

Berlin, 15. August. Die gestrigen Verhandlungen zwischen Dr. Edmund Stinnes und den Banken des Stützkonfortiums, die notwendigen Beträge für die Lohnzahlung bei den Aga-Werken flüssig zu machen, haben keine Klärung der Verhältnisse gebracht. Da die Gefahr besteht, daß bedeutende volkswirtschaftliche Werte infolge der Belagerung der Banken zerstört werden, hat sich Dr. Stinnes nach gestern abend entschlossen, die Hälfte seines Besitzes an Aga-Aktien seinen Arbeitern zu schenken. In den späten Abendstunden hat er den Betriebsrat der Aga-Werke zu sich kommen lassen und hat ihm dort die Mitteilung gemacht, daß von heute die Arbeiterkass zwei Millionen Aga-Aktien besitzt.

In welcher Form die Verwaltung dieser Aktien vorgenommen werden wird, steht noch nicht fest. Es ist wahrscheinlich, daß der Betriebsrat sie treuhänderisch für die gesamte Arbeiterschaft übernehmen und ihre Rechte übernehmen wird. Eine eventuell zur Verteilung gelangende Dividende müßte dann anteilmäßig auf die gesamten Arbeiter umgelegt werden.

Dr. Edmund Stinnes, der Aufsichtsratsvorsitzende der Aga, veröffentlicht

#### folgende Erklärung:

„Der Aktiengesellschaft für Automobilbau fehlt zurzeit die normale finanzielle Unterstützung, nachdem durch mein Ausschcheiden aus der Firma Hugo Stinnes ihr die bisherigen Finanzierungsbedingungen seitens der Firma Hugo Stinnes entzogen wurden und die früheren Bankverbindungen mit einer Ausnahme die vorher vorhandene Unterstützung ablehnten, und zwar wegen des Interesses derselben Banken im Hugo Stinnes-Stützkonfortium. Die Führung des Bankkonfortiums steht auf dem Standpunkt, daß ihr die Aktiengesellschaft für Automobilbau völlig gleichgültig sei und überläßt es der Aktiengesellschaft für Automobilbau, ihre Forderungen gegen Hugo Stinnes im Prozeßweg geltend zu machen. Damit kann man selbstverständlich keine Abhilfe bezahlen, und 8000 bis 10000 Arbeiter- und Angestelltenfamilien, die direkt und indirekt vom Werk abhängen, drohen der Arbeitslosigkeit zum Opfer zu fallen, trotzdem das Unternehmen fast voll und weit besser beschäftigt ist, als die übermächtige Mehrzahl der deutschen Unternehmen gleicher und anderer Branchen.“

Die bisherigen Versuche, durch Vermittlung der Reichsregierung und der preussischen Regierung die notwendige Unterstützung zu erhalten, haben vorab noch nicht zu den gewünschten Erfolgen geführt. Nach den von Bankseite abgegebenen Erklärungen habe ich den Eindruck, daß die Unterstützung in erster Linie deswegen unterbleibt, weil ich Besitzer der Aktienmajorität bin. So habe ich mich entschlossen, die Hälfte meines Aktienbesitzes ohne Gegenwert der Arbeiterschaft des Werkes zu übereignen, die bisher die Verwaltung bei der Umstellung auf moderne Fabrikationsmethoden deßhalb und voll unterstützt hatte und die daher mit die höchsten Abzüge verdienen konnte, wobei das Werk noch mit Ueberfluß arbeitete. Ich hoffe, daß nachdem nunmehr eine Majorität meinerseits bei der Aktiengesellschaft für Automobilbau nicht mehr vorliegt, dieses Unternehmen die erforderliche Unterstützung erhält.

Um entstehenden Gerüchten in der Öffentlichkeit vorzubeugen, habe ich hier zum ersten Male seit meinem Ausschcheiden persönlich Stellung genommen, da es in diesem Falle nicht um Danksunternehmungen, Aktienbeteiligungen oder dergleichen geht, sondern um Gedeih und Verderb eines Betriebes mit Tausenden von Menschen.

ges. Dr. Edmund Stinnes.

Der im allgemeinen in den Stinnes-Angelegenheiten zutreffend informierte „Tag“ glaubt über die Sache folgende Ausführungen machen zu können: „Die Abwicklung im Stinnes-Konzern ist damit in ein erneutes ernstes Stadium getreten. Und zwar diesmal nicht bei der Abwicklung des alten Konzerns, sondern es handelt sich um ein Werk, das bei der Restrukturierung und Entschärfung der Stinneschen Erben dem Dr. Edmund Stinnes nach seinem Ausschcheiden übereignet wurde. Bekanntlich trat Dr. Stinnes nach erheblichen Differenzen unter der Bedingung aus dem Stammskonzern aus, daß ihm ein erheblicher Prozentsatz der Stinnesinteressen abgetreten werde.“

Während im Laufe der Zeit die großen Bankinstitute mehr und mehr Einfluss auf die restlichen Unternehmen der Stinneschen Stammgruppen gewannen, hatte es Dr. Stinnes verstanden, sich diesem Einflusse zu entziehen, da die Kreditfragen vorher genau geregelt waren und er über Unternehmen verfügte, die eine relativ hohe Liquidität aufzuweisen hatten. Nun kommt plötzlich die Nachricht, daß auch Dr. Stinnes in ernste Geldschwierigkeiten mit seiner wertvollen Firma, der Aga, geraten ist. Dr. Stinnes erhielt bei der Abfindung von dem Aktienkapital der Aga 85 Prozent, er war Aufsichtsratsvorsitzender und kontrollierte den gesamten Betrieb. Die Aktiengesellschaft für Automobilindustrie (Aga) ist ein für die Automobilindustrie ungenügend bedeutendes Unternehmen. Die Produktion konnte bei diesen Werken durch verbesserte technische Einrichtungen gesteigert werden, so daß die Produktion dank einer ausgezeichneten Organisation einen guten Absatz hatte. Trotzdem also das Unternehmen über einen sehr guten Geschäftsgang verfügte, war es in der letzten Zeit nicht mehr möglich, die Abzüge unterzubringen.

Auch Kundenwechsel wurden nur schwer von den Banken toleriert. Unter diesen Umständen entschloß sich Dr. Stinnes, die Preussische Staatsregierung um Hilfe zu bitten.

Er bat um einen Kredit von 500000 Mark, um wenigstens die fälligen Abzüge zahlen zu können. Da aber die Durchführung einer solchen Forderung sehr un-

rentlichen Sache nicht von heute auf morgen geht, so stand er am Ende dieser Woche tatsächlich mit leeren Kassen vor seinen Arbeitern und Abseignern nun am Sonnabend seinen Arbeitern und Angestellten nach einer eingehenden Besprechung mit dem Betriebsrat die Summe von 2 Millionen vom Aktien der Aga. Als Begründung gab er der Öffentlichkeit gegenüber an, daß er die Kreditfrage über die Aga mit seiner Person als Großaktionär und Aufsichtsratsvorsitzender der Aga in Verbindung bringe. Bis jetzt hatte es Dr. Stinnes mit seinem jungen Konzern immer wieder verstanden, sich dem Einfluß der Banken zu entziehen. Bisher ist er nicht die Bankwelt in der heutigen Liquidität der Aga eine willkommene Gelegenheit, um ihrerseits sich den nötigen Einfluss zu sichern. Um dem entgegenzuarbeiten und um andererseits mit der Arbeiterschaft gemeinsam zu arbeiten, hat Dr. Stinnes 50 Prozent des Aktienbesitzes der Aga in ihre Hände übereignet. Damit ist Stinnes nicht mehr Besitzer der Aktienmajorität und auf diese Weise ist die ganze Angelegenheit der Stinnes-Abwicklung in neue Stadien getreten. Denn die Arbeiterschaft partizipiert analog ihrem Aktienbesitz an dem Erlös, der eventuell der Aga als ehemaliges Stinnesbesitzium aus der Masse zufließen wird.

Der Plan von Dr. Edmund Stinnes ist am Sonnabend noch nicht veröffentlicht worden. Der Betriebsrat der Aga, der die Arbeiter in der Frage der Aktienübertragung vertritt, hat sich bisher noch nicht zur Uebernahme bereit erklärt. Es ist zwar zur Annahme geneigt, hegt aber Bedenken, daß ein Gewinnbeteiligungsverfahren, wie es die einfache Uebertragung der Aktien zur treuen Händen des Betriebsrates mit sich bringen würde, auf die ungeliebte „Werksgemeinschaft“ hinausläufe und daher nicht im Interesse der Arbeiterschaft liegen würde. Der Betriebsrat bemüht sich zurzeit, in Uebereinstimmung mit den Gewerkschaften eine geeignete Lösung zu finden. Auch auf die Haltung der Banken hat der Uebertragungsplan bisher keine Wirkung gehabt. Die Großbanken weigern sich weiterhin, Dr. Stinnes in dem gewünschten Maße Kredite zur Verfügung zu stellen, so lange er sich nicht bereit erklärt, die Aktien, die er bei der kurz vor dem Zusammenbruch erfolgten Erteilung erhalten hat, in die Liquidationsmasse einzubringen. Insbesondere berufen sich die Banken darauf, daß die durch Dr. Stinnes vorgenommene Veräußerung von „Nordstern“-Aktien nach Holland noch nicht so genügend ausgeklärt sei, daß eine weitere Finanzverbindung mit Dr. Stinnes ratsam erscheine.

Der Vorsitzende des Betriebsrates der Dr. Edmund Stinnes gehörigen Agawerke hat sich in der Angelegenheit der Schwierigkeiten der Agawerke an den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg gewandt. Dieser hat in seiner Eigenschaft als Demobilisationskommissar für heute vormittag eine Sitzung einberufen, um über Maßnahmen zur Vermeidung der Stilllegung zu beraten.

### Das spanische Direktorium zu den Verhandlungen mit Abd el Arim.

Paris, 16. August. Das spanische Direktorium nimmt in einer Mitteilung an die Presse zu den Friedensverhandlungen mit Abd el Arim Stellung und erklärt laut Havas, die spanische Regierung, die getreulich an der Ausführung der Madrider Abmachungen arbeite und mit der französischen Regierung bezüglich des gesamten Marokko-Problems vollkommen einig gehe, wünsche ihrerseits ebenfalls, wie dies die französische Regierung bereits getan hat, die öffentliche Meinung über die

Friedensverhandlungen mit Abd el Arim aufzuklären. Das Direktorium, dessen Ideal es immer gewesen sei, die durch die Marokko-Angelegenheit auferlegten Lasten auf ein Mindestmaß herabzusetzen, habe niemals ein Mittel außer der Aht gefast, um seine Protektionspflicht lediglich mit den unumgänglich nötigen Geldopfern zu erfüllen. Deshalb habe Abd el Arim jedesmal, wenn er um Frieden gebeten habe, alles Entgegenkommen gefunden, das Spanien ihm im Rahmen der internationalen Abmachungen, die seine Handlungsfreiheit beschränkten, habe bieten können. All diese Versuche seien gescheitert, da Abd el Arim diese Schritte nur zweifellos unternommen habe, um Zeit zu gewinnen, die Ernte einzubringen, die Offensivvorbereitungen zu treffen oder die Wirkungen der spanischen Offensive, die stets auf das unumgänglich Notwendige beschränkt gewesen sei, abzuschwächen. Die Bedingungen Abd el Arims enthielten maßlose Forderungen, wie z. B. die vollkommene und bedingungslose Unabhängigkeit des Rifgebietes, Uebergabe eines zahlreichen Flugzeugmaterials, Bezahlung größerer Summen, zweifelloser als Entschädigung für die Vorfälle von 1921, und all das, ohne daß Abd el Arim eine Garantie anbot, daß dieser — abgesehen unumögliche — Frieden, wenn er geschlossen würde, dauerhaft und wirksam wäre. Es sei nicht möglich gewesen, angesichts derartiger Forderungen in Verhandlungen einzutreten, Forderungen, die nur jemand aufstellen könne, der, wie Abd el Arim, den Frieden nicht wolle, weil er vom Krieg lebe.

Im Einverständnis mit Frankreich und in dem Wunsch, alle friedlichen Mittel zu versuchen, und angesichts der Tatsache, daß die Beteiligung Frankreichs und Spaniens als Protektionsmächte ein Werk der Zivilisation und der Menschlichkeit sei, nicht aber kriegerischen Interessen diene, hätten beide Länder die Grundbedingungen festgelegt, unter denen Zugeständnisse bis zur Grenze des Möglichen gemacht werden könnten. Man gelte den Aufständischen eine weitgehende und liberale Autonomie über ihr Gebiet unter der Souveränität des Sultans und des Kalifen zu, sowie alle Erleichterungen, damit die heute ausländigen Eingeborenen des Rif- und Dschebalagebietes die Vorteile der Zivilisation genießen könnten, obwohl Spanien und Frankreich deshalb wirtschaftlich Opfer bringen müßten, die der Welt wieder einmal ihre Selbstlosigkeit bewiesen. Wenn auch Verhandlungen noch nicht abgeschlossen hätten — dann dazu müßten

Abd el Arim oder der Sultan die Initiative ergreifen —, kenne Abd el Arim sehr gut die Grundlagen für den Frieden. Spanien und Frankreich hätten aber auch die Gewißheit, daß er weiter bei seiner Auffassung beharre, keine Diskussion ohne vorherige Anerkennung der Unabhängigkeit des Rifstaates zuzulassen. Unter derartigen Bedingungen sei eine Verhandlung nicht möglich. Die von Abd el Arim aufgestellten Forderungen ständen mit den internationalen Verträgen und Abmachungen in Widerspruch, die Frankreich und Spanien nicht außer Acht lassen könnten, ohne daß das ganze Marokkoproblem mit all seinen Gefahren von neuem aufgerollt würde.

### Geplanter Angriff auf die Alhucemas-Bucht.

Wie dem Journal aus Madrid gemeldet wird, ist die Operation gegen die Alhucemas-Bucht endgültig auf den 24. August anberaumt. Die Truppen werden unweit von Sidi Brich gelandet werden, um Alhucemas von der Seite her anzugreifen. Alle vorbereitenden Arbeiten seien beendet. Es seien an Truppenerstärkungen für die Operation 40000 Mann vorgesehen.

### Die französischen Verluste in Syrien.

Das „Echo de Paris“ gibt, anscheinend aus gut unterrichteter Quelle, Einzelheiten über den Zustand in Syrien bekannt, von denen man bisher nichts gewußt hatte. Unter anderem erklärt das Blatt, daß die kleine Stadt Zghorta, die sonst franzosenfreundlich sei, den Aufstand begonnen habe. In Baitut habe es vor drei Wochen blutige Aufstände gegeben, die mit sieben Toten und hundert Verwundeten endeten. Bei den Kämpfen gegen die Druzen habe man mehr als 1000 Soldaten und Offiziere verloren. Saïda werde weiterhin unter beunruhigenden Umständen belagert. Unter den Arabern in Damastus herrsche Aufregung.

### Berliner Zimmerleute gegen den Schiedspruch.

Eine Versammlung streikender Zimmerleute hat gestern den für das Berliner Baugewerbe vom Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedspruch abgelehnt, weil er geringere Löhne vorsieht als ein zu Beginn des Streiks gemachter Vergleichsvorschlag des Berliner Schlichters. Die Maurer und Hilfsarbeiter werden ihre Entscheidung erst heute treffen.

### Die Auseinandersetzung mit dem braunschweigischen Herzogshaus.

Die braunschweigische Regierung ist mit dem ehemaligen herzoglichen Hause wegen eines Auseinandersetzungsvertrages auf Grund des vom hiesigen Oberlandesgericht vorgeschlagenen Vergleichs in Verbindung getreten. Es ist ihr gelungen, die Jahresrente von 100000 Reichsmark auf 75000 Reichsmark herabzusetzen. Das war jedoch nur möglich durch Uebertragung weiteren Grundbesitzes. Diese Auseinandersetzung mit dem herzoglichen Hause gestaltete sich zwar ungünstiger als bei der vom Landtage abgelehnte Vergleichsvorschlag vom Mai 1924, die Regierung glaubt aber, die Verantwortung für die Ablehnung einer solchen Vergleichsmöglichkeit nicht tragen zu können. Sie hat inzwischen die Zustimmung des herzoglichen Gesamthauses zu diesem Auseinandersetzungsvertrag erhalten und wird ihn dem Landtage zur Genehmigung vorlegen, der im September zusammentreten dürfte.

### Kleine Meldungen.

Paris, 15. August. Nach einer Meldung aus Moskau ist Trotski zum Vorsitzenden des Obersten Kriegsrates ernannt worden.

New York, 15. August. Hier ist Frau John P. Morgan, die Gattin des bekannten New Yorker Großbankiers, die seit zwei Monaten an Schlaflosigkeit schwer darniederlag, am Freitagmittag trotz vorgenommener Blutübertragung gestorben.

Tokio, 16. August. An den japanischen Marine-mannövern, die in der Nähe der Bonin-Inseln vom 4. bis 16. Oktober stattfinden, werden 50 Kriegsschiffe, 80 Wasserflugzeuge und ein Lenkflugschiff teilnehmen.

Wien, 16. August. Der von den Christlichsozialen und den Deutschösterreichern gemeinsam mit der konservativen Volkspartei für Montag geplante Deutsche Tag als Gegendemonstration gegen den Zionistenkongreß wurde von der Polizeidirektion verboten.

Paris, 16. August. Aus Schanghai wird gemeldet, daß eine Choleraepidemie ausgebrochen sei. Bisher wurden mehr als 400 Fälle verzeichnet, von denen 25 einen tödlichen Ausgang genommen haben.

Ausländer müssen sich Sichtvermerke nach der Tschechoslowakei im Ausland beschaffen! Um viele Reisende vor Schaden zu bewahren, sei nach eingehenden Erkundigungen an zuständigen Stellen mitgeteilt, daß die in den letzten 14 Tagen von reichsdeutschen und tschechoslowakischen Zeitungen gebrachte Nachricht, Ausländer erhielten das Visum der Tschechoslowakei gegen 100 v. D. Ausschlag in den Grenzstationen, nur teilweise richtig ist. Nur österreichische Staatsangehörige können bei den tschechischen Grenzpolizeibehörden in Ausnahmefällen gegen doppelte Gebühr das Ein- und Durchreisewisum erhalten. Für die übrigen Ausländer gilt das nicht. Sie müssen sich die Sichtvermerke nach wie vor bei den ausländischen Vertretungsbehörden beschaffen.

Nicht M., sondern RM. Die Bevölkerung hat sich immer noch nicht daran gewöhnt, in ihren Schecks und Wechseln „M.“ oder „Reichsmark“ zu schreiben. Es wird einfach „M.“ oder „Mark“ geschrieben. Nach einer Entscheidung des preussischen Kammergerichts haben solche auf „M.“ ausgestellte Schecks und Wechsel als auf Papiermark lautend zu gelten, da die neue Währung nach den Bestimmungen ausschließlich mit „RM.“ oder „Reichsmark“ bezeichnet werden muß. Zur Vermeidung von Rechtsunsicherheiten sind auch nachträgliche Ergänzungen oder Korrekturen zu vermeiden. Die hieraus entstehenden Folgen und Schädigungen sind oft schwerwiegend.

Zum 6. Die Spigen nur für Frauen Schiedsru Tiefbauver Sachfens acht Pfennig leer aus. gemäß der während der Arbeiter 8. Nagler-Jahre 8 r a seinen Köstli nur Frauen eine den W irrtümlich m iranziskus auch aus sei und so gern den sind. D ponisten fem ler-Abend. trag seiner zumal bei telfsgenome Ungutef unzufellbare allem daran nicht mit de werden in d finden. (Se größeren Dr sodah solche mit sie wen ne, ist es er Postforten - sichtsarten - men, Stand ter wird dar der Auffschl Abfallen auf orte zugestih Mitglie lung. Bei d Wahl der B Verursgenos Herr Gutsbe und Herr N Schafsenfel Gwerb ordnung von vom 1. Jul gewerbliche 1. Extr 2. Extrank silber oder feine B seine Homol verbindungen Schwefelstol Paraffin, I 8. Grauer C Müntgenstrah krankheit der Die Be kommende A genossenschaft anzugeigen. K. Deutich und zum erste Solatregediti Labet nur um weisen, daß d hnung wieder arbeiten auf berg. Dr. M örtliche und Adresse nach 3 Norddeut eine deutsche er, der dekar lshung des ar lshggebiet die heaborg. An Wiejener Geo Ausgrab im Freise Gol herten bis fä einer Eisenba befäße gefol Museums, Dr. schäfteten Ze bekendes Ze Bofienlöcher i Bofienhäus in Anzahl Abfall einer 1500 K grabung liegt beginnt, das Bewohner Ost Eine neu Herreichschen Professor Lud bert hergestel Berlin in Bro der Frau Bro